

Beschluss des Landrats vom 20.05.2021

Nr. 905

63. Reform Kaufleute: Einführung erst auf das Schuljahr 2023/2024 mit der entsprechenden Qualität der Vorarbeiten

2021/315; Protokoll: bw

Die 2. Vizepräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) übergibt die Sitzungsleitung wieder dem Landratspräsidenten Heinz Lerf und bedankt sich für die Unterstützung bei Peter Riebli und der Landratskanzlei sowie beim Rat für die ihr entgegengebrachte Nachsicht.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) entschuldigt sich für seine Unpässlichkeit. Ein Reiz im Hals verunmöglichte ihm zu sprechen. Heute Morgen wurde über Abstimmungen in Krisensituationen beraten. Es lässt sich aber feststellen, dass der Landrat auch in anderen Krisensituationen bestens funktioniert... Ein Dank an alt Landratspräsident Peter Riebli und die 2. Vizepräsidentin Lucia Mikeler Knaack für das Abhandeln der Fragestunde.

In Bezug auf Traktandum 63 zitiert der Landratspräsident § 39 Abs. 3 des Landratsgesetzes: «Die Resolution gilt als zustande gekommen, wenn ihr 2/3 der Ratsmitglieder zugestimmt haben.» Es müssen also mindestens 60 Landratsmitglieder zustimmen. Der Regierungsrat kann zu einem Resolutionsbegehren Stellung nehmen. Im vorliegenden Fall beantragt er, die Resolution zu beschliessen.

Andreas Dürr (FDP) verweist in dieser Thematik auf die ausführliche Interpellationsbeantwortung im Rahmen der letzten Landratssitzung. Es zeigte sich, dass gehandelt werden und der Landrat sich Gehör verschaffen muss. Es ist aber gar nicht so einfach, sich als Parlamentarier in einem Exekutivprozess Gehör zu verschaffen. Die Instrumente der Parlamentarier sind grundsätzlich darauf ausgerichtet, Gesetzgebungsanstösse zu geben. Hier soll nun aber ein Handlungsanstoss an das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und letztlich an den Bundesrat als Aufsicht über das Staatssekretariat, bei dem bereits die Frage der Fremdsprachen eskalierte, erfolgen.

Inhaltlich ist nicht mehr viel zu sagen. Es handelt sich um eine umfassende KV-Reform, die nicht über das Knie gebrochen werden kann. Weiter gibt es noch offene inhaltliche Fragen. Abgesehen davon sind enorme Impacts in Sachen Organisation bei den Schulen die Folge, wie auch auf die Ausbildung der Lehrpersonen und der Berufsbildner in den Betrieben. Auch auf Seiten der Konsumenten, der Jugendlichen, sind die Auswirkungen enorm. Diese wissen schlussendlich nicht, wie die Ausbildung aussieht, die sie allenfalls beginnen möchten.

Die Reformen der KV-Lehre sind derart umfassend, dass sie sorgfältig angegangen und breit abgestützt sein müssen. Auf keinen Fall soll etwas übers Knie gebrochen werden, nur um irgendwelche kurzfristigen Zielsetzungen zu erreichen. Das führt zu enormen Kollateralschäden bei allen Beteiligten.

Aus diesen Gründen entstand vorliegende Resolution. Zugegebenermassen handelt es sich vielleicht um ein etwas hilfloses Instrument – ein anderes steht dem Landrat jedoch nicht zur Verfügung. Umso mehr freut sich Andreas Dürr, dass die Resolution von allen Fraktionspräsidien und somit wohl auch von allen Fraktionen getragen wird. Das lässt auf einen einstimmigen Entscheid hoffen, was einem klaren Zeichen nach Bern ans SBFI und an den Bundesrat gleichkommt.

Ebenso erfreulich ist, dass der Grosse Rat Basel-Stadt heute Morgen dieselbe Resolution verabschiedete und diese auch von allen Fraktionen getragen wurde. Wer die einzige Gegenstimme abgegeben hat, kann man sich vorstellen. Da eine solcher Parlamentarier im Landrat nicht vorhanden ist, ist Andreas Dürr zuversichtlich, dass der Landrat einstimmig beschliessen kann – dies

bestätigten alle Fraktionen und auch die fraktionslose Landrätin Regina Werthmüller. Im Namen aller Mitwirkenden wird für die wohlwollende Zustimmung gedankt.

Jan Kirchmayr (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion die Resolution unterstütze. Die Verschiebung der Einführung ist essentiell, damit ein breiter Einbezug der Basis stattfinden kann. KMU und Lehrpersonen müssen einbezogen werden, damit Sicherheit für die Schülerinnen und Schüler geschaffen werden kann. Der von verschiedener Seite geäußerte Protest zeigte bereits Wirkung. Zumindest im Bereich der Fremdsprachen kommt es nun zu einer zweiten Vernehmlassung und Jan Kirchmayr ist guter Dinge, dass der Protest durch die Resolution – obwohl ein eher schwaches Instrument – sehr sinnvoll ist, gehört wird und dazu führt, dass man in Bern über die Bücher geht und zumindest die Einführung der Reform verschiebt. Es darf nicht sein, dass auf Kosten der schwächsten Schülerinnen und Schüler – hier sei an die EBA-Ausbildung gedacht – Unklarheiten bestehen und keine Lösungen vorhanden sind. Ein möglichst einstimmiges Ergebnis wäre wichtig.

Klaus Kirchmayr (Grüne) hebt zwei Aspekte hervor, die ihm besonders wichtig sind. Sehr sauer stösst ihm auf, dass das Lehrangebot eines wichtigen Berufs verändert werden soll und die Schulabgänger im nächsten Sommer entscheiden müssen, ob sie diese Lehre beginnen, ohne deren Inhalt zu kennen oder die Zukunftsfähigkeit der Ausbildung beurteilen zu können. Das ist grob fahrlässig.

Heute Mittag erfuhr Klaus Kirchmayr von Pascal Ryf, dem Präsidenten der landrätlichen Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK), dass diese versucht hat, eine Vertretung des SBFI einzuladen, dies aber abgelehnt wurde. Das ist eine Geringschätzung einer kantonalen Institution und ein inakzeptables Verhalten gegenüber gewählten Vertretern aus dem Kanton Basel-Landschaft. Liebe Berner Bildungsbürokratie: So geht es nicht! Das ist nicht akzeptabel. Die BKSK ist gebeten, zu insistieren, dass eine SBFI-Vertretung für das katastrophale Kommunikationsverhalten in diesem Projekt geradesteht.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) würde sich sehr über eine einstimmige Zustimmung zur Resolution freuen. Die KV-Reform ist bildungspolitisch höchst relevant, weil es die grösste Gruppe Lernende betrifft. Die Bildungsdirektorin wäre sehr froh, wenn der Landrat sie dabei unterstützt, die Einführung der Reform um ein Jahr zu verschieben und dem Kanton Basel-Landschaft so in Bern Gehör zu verschaffen.

://: Mit 79:0 Stimmen ohne Enthaltungen wird die Resolution beschlossen.
